

„Das Grundrecht auf Asyl ist nicht verhandelbar“

Teckbote,
08.10.15

Der SPD-Kreisvorsitzende Michael Beck spricht sich dafür aus, anerkannte Flüchtlinge in Ausbildungen zu vermitteln

Am kommenden Wochenende findet der Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg in Mannheim statt. Michael Beck, seit Juni Kreisvorsitzender, geht davon aus, dass der Landesvorsitzende Nils Schmid mit einem guten Ergebnis bestätigt wird. Beim Thema Asyl fordert er eine europäische Lösung.

ANKE KIRSAMMER

Man hört, die Stimmung in der SPD sei im Keller. Können Sie das bestätigen?

MICHAEL BECK: Der Kreisvorstand war erst kürzlich auf einer zweitägigen Klausurtagung – da war von schlechter Stimmung nichts zu spüren. Die Mitglieder sind etwas ratlos, weil die schlechten Umfragewerte in keiner Weise mit der Regierungsleistung der SPD zusammenpassen. Umso wichtiger ist es jetzt, dass wir raus zu den Leuten gehen und mit ihnen darüber sprechen, was die SPD in der Landesregierung für sie erreicht hat.

Nils Schmid, Spitzenkandidat der SPD zur Landtagswahl, stellt sich auf dem Landesparteitag erneut als SPD-Landesvorsitzender zur Wahl. Mit was für einem Ergebnis rechnen Sie?

BECK: Mit einem guten Ergebnis! Nils Schmid macht als Finanz- und Wirtschaftsminister und als SPD-Landesvorsitzender einen guten Job. Vom Landesparteitag der SPD wird das Signal ausgehen, dass wir bereit sind, gemeinsam mit den Grünen weiter zu regieren – für ein weiterhin erfolgreiches und modernes Baden-Württemberg.

Bei Umfragen dümpelt die SPD im Land unter 20 Prozent herum. Was wollen Sie als Kreisvorsitzender dazu beitragen, dass sich das ändert?

BECK: Wir müssen das, was die SPD in der Landesregierung für die Menschen, manchmal auch gegen den Widerstand der Grünen, erreicht hat, besser kommunizieren. Es muss uns wieder besser gelingen, die Nicht-Wähler an die Wahlurnen zu bringen. Oft gehen Menschen, die einen niedrigeren Bildungsstand haben und denen es finanziell schlechter geht, nicht wählen. In Baden-Württemberg bestimmt die Herkunft der Kinder immer noch den Bildungserfolg. Diesen Zusammenhang hat die SPD zum Beispiel mit der Einführung der Gemeinschaftsschule und der Abschaffung der Grundschulempfehlung aufgebrochen. Es muss uns besser gelingen, die Menschen, die von unserer Politik profitieren, dazu zu bringen, dass sie wählen gehen.

Um es auf einen Nenner zu bringen: Sie möchten, dass die SPD wieder der Ansprechpartner für den „kleinen Mann“ ist. Hat die SPD seit den Hartz-Gesetzen da nicht ein Glaubwürdigkeitsproblem?

Zur Person

Michael Beck wurde 1989 in Bad Urach geboren und wuchs in Hochwang auf. Mittlerweile wohnt der 26-Jährige in Unterenlenningen. Nach dem Absolvieren der mittleren Reife an der Realschule Lenningen besuchte er das Agrarwissenschaftliche Gymnasium in Nürtingen. Anschließend studierte Michael

Beck Politikwissenschaft und Öffentliches Recht an der Universität Mannheim sowie Öffentliche Wirtschaft an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

Der 26-Jährige ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im

BECK: Deutschland stünde ohne die Agenda 2010 heute wirtschaftlich nicht so gut da. Die SPD hat,



zum Beispiel mit der Einführung des Mindestlohns, die Agenda 2010 vervollständigt. Insgesamt ist die Agenda 2010 jedoch abgeschlossen und war ein Erfolg. Ich sehe dort kein Glaubwürdigkeitsproblem. Für eine niedrige Arbeitslosigkeit und für gerechte Löhne zu kämpfen, ist im Sinne des „kleinen Mannes“ und „der kleinen Frau“.

Seit 2011 regiert die SPD in Baden-Württemberg mit. Was konnte die Landesregierung Ihrer Ansicht nach seitdem bewegen?

BECK: Die Regierungsbilanz ist gut: Ausbau der Schulsozialarbeit, Abschaffung der Studiengebühren, Erhöhung der Mittel für die Kleinkindbetreuung, Gesetz zur regionalen Schulentwicklung, Ausbau der Ganztagsbetreuung, vier Mal schwarze Null in der Legislaturperiode, niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland und niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Die SPD ist die treibende Kraft in dieser Landesregierung und der Garant für eine sozial gerechte sowie finanz- und wirtschaftspolitisch solide Regierungspolitik.

Der immense Zustrom an Flüchtlingen ist derzeit die größte Herausforderung für die Politik, die es zu meistern gilt. Welche Antworten haben Sie darauf?

BECK: Die finanzielle Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder, aber auch Forderungen nach einem modernen Einwanderungsgesetz begrüße ich. Ebenso ist für mich klar, dass die Dauer der Asyl-

verfahren beschleunigt werden muss und dass konsequent abgeschoben wird. Populistische Äußerungen aus der CSU und aus der CDU, wie zum Beispiel Zäune zu errichten, bedrohen unsere Verfassung – und gerade unsere christlichen Werte – stärker als die Zuwanderung. Das Grundrecht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Wir brauchen eine europäische Lösung beim Thema Flüchtlinge. Langfristig müssen Deutschland und die EU bei der Bekämpfung der Fluchtursachen mehr Verantwortung übernehmen.

Wie bringt sich die SPD im Kreis Esslingen bei dem Thema ein?

BECK: Seit Anfang des Jahres haben wir eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die das Thema Asyl beziehungsweise Flüchtlinge inhaltlich begleitet. Der Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold und der Esslinger Landtagsabgeordnete Wolfgang Drexler informieren und diskutieren auf zwei Veranstaltungen zum Thema. Zudem sind viele Parteimitglieder im Landkreis in der Flüchtlingshilfe aktiv. Wir informieren, diskutieren und helfen vor Ort mit.

Ein Anliegen ist Ihnen speziell die Integration anerkannter Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Wie könnte diese Herkulesaufgabe gestemmt werden?

BECK: Ein Dauerthema ist der Fachkräftemangel. Es gibt Branchen, da werden Lehrstellen nicht besetzt. Man sollte anerkannte Flüchtlinge sprachlich so qualifizieren, dass sie eine Ausbildung absolvieren können. Auch sollten ausländische Abschlüsse schneller anerkannt werden. Konkret geht das Projekt „Vermittlung von Flüchtlingen in Ausbildung“ der IHK und weiteren Projektpartnern in die richtige Richtung.

der Realschule Lenningen, Jugendgemeinderat in Nürtingen und arbeitet im Arbeitskreis Asyl Lenningen mit. Für die Landtagswahl im Wahlkreis Kirchheim wurde Beck zum Zweitkandidaten beziehungsweise zum Ersatzbewerber für den Erstkandidaten Andreas Kenner gekürt. ank